

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Lehrplan vors Volk

Die kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» wurde mit über 12 000 Unterschriften eingereicht, doppelt so viele wie nötig – der Unmut in der Bevölkerung ist gross. Am 4. März wird nun darüber abgestimmt. Die Initiative fordert, dass zukünftig das Kantonsparlament den Lehrplan beschliessen muss und das Volk die Möglichkeit zum Referendum hat. Eine solche Änderung bedeutet mehr Mitsprache in der Bildungspolitik, was die Akzeptanz des Lehrplans in der Bevölkerung erhöht.

Bei seiner Konzeption hat nie ein echter Dialog zwischen den Lehrplanverantwortlichen und den Schulen stattgefunden. Ein neuer Lehrplan soll vom Stimmvolk entschieden werden, und nicht lediglich von Bildungsexperten. Die Volksschule soll vom Volk getragen werden. Die Direktbetroffenen sollen mitentscheiden. Der Lehrplan 21 umfasst über 400 Seiten und Tausende von Kompetenzzielen. In seiner umfassenden Form greift er in die kantonale Bildungshoheit ein. Zur Vernehmlassung im Kanton Zürich eingeladen wurden nur ausgesuchte Interessenskreise. Von einer breiten demokratischen Abstützung kann nicht die Rede sein.

Bei Annahme der Initiative würde der Lehrplan wie bis anhin vom Bildungsrat ausgearbeitet. Geändert würde jedoch, dass der Kantonsrat den Lehrplan genehmigen oder zurückweisen kann. Dieser Kantonsratsbeschluss wäre referendumsfähig, was heisst, dass so das Volk gegebenenfalls über den Lehrplan abstimmen kann. Fakt ist: Mit dem Lehrplan 21 sollen inskünftig keine Inhalte, sondern unzählige umständlich formulierte «Kompetenzen» vermittelt werden.

Diverse bewährte Strukturen wie z.B. das Klassenlehrersystem und der Frontalunterricht würden langsam verschwinden. Umstrittenen Reformen wie dem selbstentdeckenden Lernen würde ohne Mitsprache des Volkes der Weg geebnet. Jeder weiss: Die Lehrer-Schüler-Beziehung ist zentral und gibt Konstanz. Ausserdem wird die verfassungsmässig zugestandene Bildungshoheit der Kantone untergraben.

Lehrer sollen nicht noch mehr administrativ absorbiert werden. Es braucht einen guten, verständlichen Lehrplan, der den Lehrkräften eine Stütze im Unterricht ist und womit Inhalte vermittelt werden, die unsere Kinder bestmöglich auf das gesellschaftliche Leben vorbereiten.

Der Lehrplan 21 zielt in die falsche Richtung. Er stützt sich auf Reformen, die in der Bevölkerung höchst umstritten sind. Das Volk muss hier das letzte Wort haben. Ein Schulsystem, welches die höchste Nobelpreisträgerdichte weltweit hervorbringt und eine rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit produziert, kann nicht derart reformbedürftig sein.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Die Linke entdeckt das Einheimische

Ein Postulat aus SP-Kreisen forderte, dass beim Neubau der Kriminalpolizei am Mühleweg die Umgebung nur mit einheimischen Baumarten bepflanzt wird.



Walter Anken
Gemeinderat SVP
Zürich 7 und 8

Erstaunt hat mich die Wortwahl im Postulat von zwei SP-Gemeinderäten, denen plötzlich das Einheimische so wichtig ist. Den beiden Postulaten ist es ein Anliegen, dass beim Neubau der Kriminalpolizei am Mühleweg die Umgebung nur mit einheimischen Baumarten bepflanzt wird. Sie nannten konkret den Spitz- und Feldahorn. Begründet wurde das Anliegen mit der Wichtigkeit von grosskronigen Bäumen, die für die Artenvielfalt sehr bedeutsam sind. Das aktuelle Bepflanzungskonzept im Neubauprojekt sieht Bepflanzungen mit Ahornarten aus Asien und dem Mittelmehrraum vor, die im Herbst knallbunte Blätter bekommen. Die Postulanten schreiben weiter, dass auch die beiden genannten einheimischen Baumarten im Herbst sehr bunt werden und vielen Insekten, Vögeln und Kleinsäugetieren einen wertvollen Lebensraum bieten, jedoch die standortfremden Bäume ökologisch praktisch wertlos seien. Plötzlich realisierte ich, warum diese Sätze wie Balsam für meine Seele sind. Ich wünschte mir, dass

dieses einheimische Denken bei den Linken auch auf die Masseneinwanderung überschwappt. Samuel Balsiger, SVP, der den Linken die Folgen der Masseneinwanderung immer wieder erklärt, freut sich über den «bäumigen» Sinneswandel.

Sanierung des Ausbildungszentrums Rohwiesen

Der Gemeinderat hat sich am letzten Mittwoch mit der Weisung Ausbildungszentrum Rohwiesen beschäftigt. Allein der Objektkredit von fast 119 Mio. Franken zeigt die Grösse dieses Projekts. Das Ausbildungszentrum Rohwiesen (AZR) wurde im Jahr 1973 für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Zivilschutzpflichtigen erstellt. Heute werden im AZR Feuerwehrkräfte, Rettungssanitäterinnen und -sanitäter, Angehörige des Zivilschutzes sowie Mitarbeitende der Stadtpolizei ausgebildet. Die Anlage ist nach mehr als 40 Jahren instandsetzungsbedürftig. Das Hauptgebäude muss total renoviert werden. In einem Erweiterungsbau entstehen neue Ausbildungs- und Arbeitsräume und eine Turnhalle für das Schulhaus Auzelg. Die Ausbildung der «Blaulichtorganisationen» kann mit der Erweiterung zusammengefasst werden. Die Vorteile des neuen AZR liegen auf der Hand, können doch die Angehörigen von Rettungsdiensten, Feuerwehr, Zivilschutz

und Polizei sowie die Stäbe für die Bewältigung von Grossereignissen unter einem Dach geschult werden. Man kennt sich. Ein Vorteil, der gerade bei Ereignissen von entscheidender Bedeutung sein kann. Ein modernes und praxisorientiertes Ausbildungszentrum ist auch für junge Leute attraktiv und fördert das Interesse an diesen Berufen. Die SVP ist sich bewusst, welche Bedeutung die Sicherheit für die Menschen hat und stimmte dieser Weisung überzeugt zu, was auch der Gemeinderat tat.

Vom Unsinn mit den Quoten

Den Vogel abgeschossen hat die AL-Fraktion mit einem Postulat, das den Stadtrat beauftragt, dem Gemeinderat über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele der Stadtpolizei Bericht zu erstatten. Im Bericht soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen der Frauenanteil der Mitarbeitenden, in

Kaderpositionen und der Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund erhöht werden kann. Ferner soll der Bericht auch aufzeigen, wie der Anteil anderer Minderheiten (z.B. Transmenschen, homo- und bisexuelle Personen, Mitglieder einer minoritären Glaubensgemeinschaft etc.) innerhalb des Sicherheitsdepartements ebenfalls gesteigert werden kann. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie die Linke tickt. Würden die Bürgerlichen einer Frauenquote zustimmen, dann gilt für die Linke sofort: «Ein Wunsch, der in Erfüllung geht, hat augenblicklich Junge». Wir von der SVP tun gut daran, den Unsinn mit den Quoten konsequent zu bekämpfen.

Derek Richter, SVP, wies darauf hin, dass diese Quoten die Polizei nur bei der Rekrutierung von neuem Personal behindern wird. Diese Argumentation fiel auf der linken Seite auf steinigem Boden. Obwohl die SVP das Postulat einstimmig abgelehnt hat, wurde es wegen SP, Grünen, AL und GLP an den Stadtrat überwiesen.

ÜBERRASCHEWENDE WENDUNG

Rücktritt von Stadträtin Claudia Nielsen: Konsequenter Schritt

Die SVP nimmt den sofortigen Rücktritt von Stadträtin Claudia Nielsen zur Kenntnis. Dass ein amtierendes Regierungsmitglied 3½ Wochen vor den Wahlen aus dem Amt ausscheidet, ist ein höchst ungewöhnlicher Vorgang. Vor dem Hintergrund neuerlicher Unregelmässigkeiten im Departement von Stadträtin Claudia Nielsen ist der Entscheid aber richtig. Für die SP ist die Angelegenheit ein Desaster.



Mauro Tuena
Nationalrat
Präsident SVP
Stadt Zürich

Die SVP hat Stadträtin Nielsen in der Vergangenheit für ihre Arbeit als Vorseherin des Gesundheitsdepartements stets hart kritisiert. Die neuerlichen Unregelmässigkeiten, die im Zusammenhang mit der fragwürdigen Verbuchung und Verwendung von Arzthonoraren im Stadtspital Triemli stehen, bestätigen uns in unserer Kritik. Die Tatsache, dass Claudia Nielsen als oberste Chefin der Stadtspitäler nun die Konsequenzen zieht und ihren Rücktritt erklärt, ist vor diesem Hintergrund unumgänglich.

Für die stadtzürcher SP ist der Rücktritt von Claudia Nielsen ein Debakel, denn so kurzfristig kann sie nicht glaubhaft einen Ersatzkandidaten oder eine Ersatzkandidatin nachnominieren. Die SP hinterlässt in der Affäre Nielsen generell einen schlechten Eindruck:

Dass Claudia Nielsen am Mittwoch ihren Entscheid völlig allein kommunizieren musste und weder von der Stadtpräsidentin noch von einem anderen Stadtratsmitglied begleitet wurde, ist symptomatisch. Die SP lässt ihre Stadträtin fallen wie eine heisse Kartoffel.

Richtungswechsel ist unumgänglich

Die SVP hat immer auf die Unordnung in den diversen rot-grün geführten Departementen hingewiesen. Die heutigen neuerlichen Enthüllungen im Zusammenhang mit dem Stadtspital Triemli müssen nun durch verwaltungsunabhängige Stellen genauestens abgeklärt werden. Sie bestätigen uns in unserer Ansicht, dass die bisher bekannt gewordenen Unregelmässigkeiten nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Die SVP wird auch zukünftig sachlich und mit Nachdruck auf die rot-grüne Unordnung im Stadtrat hinweisen. Die Konsequenz aus dem heutigen Ereignis kann daher nur lauten: Ein Richtungswechsel im Stadtrat ist überfällig.

LESERBRIEF

30-km/h-Zone ist die falsche Strategie

Der Stadtrat will in Zürich noch mehr 30er-Zonen schaffen. Besonders in den Quartieren ist dies eine reine Abzockerei. Es bringt der Verkehrssicherheit gar nichts. So sind die Blitzkästen an der Pfingstweidstrasse oder auf der Europabrücke aufgestellt, alles Orte ohne grosses Unfallrisiko. Der Stadtrat hat 50 Millionen Franken Einnahmen budgetiert. Dies ist ein Skandal. Blitzkästen müssten die Sicherheit erhöhen

und nicht Einnahmen bringen. Ich verlange eine Reduktion der Blitzkästen. Zudem müssen sie bei Kindergärten oder Spitälern stehen und nicht auf geraden, hellen Strassen.

Und ich werde mich dafür einsetzen, dass Durchgangsverkehr in Quartieren durch Durchgangs-Fahrverbot abnimmt.

Martin Vetter, Gemeinderatskandidat SVP Kreis 10

Stadtrats- und Gemeinderatswahlen vom 4. März 2018

SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten stellen sich zum Gespräch

Liebe Zürcherinnen und Zürcher

Unsere Gemeinderats-Kandidatinnen und -Kandidaten wollen Sie kennen lernen und sind an den öffentlichen Standaktionen präsent, um im persönlichen Gespräch Ihre Anliegen zu erfahren und unsere politischen Ziele für Zürich zu erklären.

Besuchen Sie uns, wir freuen uns, Sie persönlich begrüssen zu dürfen.

Kreis/Quartier	Datum	Zeit	Standort
1/2 Wollishofen	10. Februar 2018	09.30 – 11.30 h	Migros Morgental
3 Alt-Wiedikon	10. Februar 2018	09.00 – 11.00 h	Bahnhöfli Wiedikon
4/5 Langstrasse	10. Februar 2018	10.00 – 12.00 h	Wengihof
6 Oberstrass	10. Februar 2018	09.30 – 11.30 h	Rigiplatz
7/8 Hottingen	10. Februar 2018	10.00 – 12.00 h	Kreuzplatz
9 Altstetten	10. Februar 2018	09.00 – 11.00 h	Lindenplatz
10 Wipkingen	10. Februar 2018	10.00 – 11.30 h	Röschibachplatz
11 Oerlikon	10. Februar 2018	09.00 – 12.00 h	Marktplatz
11 Affoltern	10. Februar 2018	09.00 – 12.00 h	Zehntenhausplatz
12 Schwamendingen	10. Februar 2018	09.00 – 12.00 h	bei Migros
1/2 Wollishofen	17. Februar 2018	09.30 – 11.30 h	Coop Butzenstrasse
3 Alt-Wiedikon	17. Februar 2018	09.00 – 11.00 h	Goldbrunnenplatz
4/5 Gewerbeschule	17. Februar 2018	10.00 – 12.00 h	Limmatplatz
6 Unterstrass	17. Februar 2018	09.30 – 11.30 h	Schaffhauserplatz
7/8 Fluntern	17. Februar 2018	10.00 – 12.00 h	Toblerpl./Kir. Fluntern
9 Albisrieden	17. Februar 2018	09.30 – 11.00 h	A-Park Albisrieden
10 Höngg	17. Februar 2018	10.00 – 11.30 h	Kappenhühlerstrasse
11 Seebach	17. Februar 2018	09.00 – 12.00 h	Kirche Maria Lourdes
12 Schwamendingen	17. Februar 2018	09.00 – 12.00 h	bei Migros
3 Alt-Wiedikon	22. Februar 2018	17.00 – 19.00 h	Migros Gutstrasse

Gemeinderat: Liste 2 – SVP

Und in den Stadtrat:
Susanne Brunner, Roger Bartholdi,
Filippo Leutenegger, Michael Baumer, Markus Hungerbühler.
Und als Stadtpräsident: Filippo Leutenegger.



Für eine sichere Zukunft in Freiheit!

24-STUNDEN ULTRA-WAHLKAMPF mit Roger Bartholdi

Schon bei der Wahl zum Gemeinderatspräsidenten 2016 stellte sich Roger einer sportlichen Herausforderung: Er gewann mit seinem Team das Rennen gegen ein Spezial-Tram.

Jetzt gibt Roger alles für den Stadtratsitz:
Von Freitag 9.2., 10:00 bis Samstag 10.2., 10:00
ist er 24 Stunden im Wahlkampf unterwegs.

Wann und wo genau Roger in der Stadt zu finden ist erfährt ihr auf www.roger-bartholdi.ch



Roger Bartholdi
in den
Stadtrat

Zusammen mit Filippo Leutenegger (auch als Stapli), Susanne Brunner, Michael Baumer, Markus Hungerbühler

